

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Beck'sche Buchdruckerei
Otto Beck.

Inserate: Kleine Petitzeile 20 Pfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 203.

Freitag, den 30. August 1918.

75. Jahrgang.

Was wird aus dem Handel?

Es läßt sich heute schwer voraussagen, wie die Entwicklung beim Wiederaufbau des Handels in der Übergangswirtschaft sich vollziehen wird. Das ist auch nur natürlich, denn der Handel ist das Bindeglied zwischen den beiden großen Gruppen der Erzeuger und Verbraucher und in seiner Tätigkeit darum davon abhängig, wie diese beiden Faktoren der Volkswirtschaft erlaubt wird, sich frei zu bewegen. Im allgemeinen kann man sagen, daß der Handel sich in demselben Maße wird betätigen können, in dem der staatliche Zwang von der Landwirtschaft, von Industrie und Handwerk genommen wird. Man kann es wohl verstehen, daß der Handel lebhaft darauf dringt, recht bald wieder in seine früheren Rechte eingeleitet zu werden, daß er angesichts der Ausrichtung während der Kriegszeit bestrebt ist, sich in Zukunft eine so feste Stellung zu schaffen, daß ihm ähnliche Erfahrungen erspart bleiben. Der Handel will nicht mehr die „dienende Magd“ sein, die der Staat nach Belieben beschäftigt oder entläßt, sondern eine den Erzeugern und Verbrauchern gleichwertige Stellung einnehmen. So bestrebt er sich, auch sein Bestehen als lebenswichtiges Glied im Gesamtbau der Volkswirtschaft anerkannt zu werden, so wird seine Tätigkeit doch immer der Charakter des Dienenden behalten müssen. Das schließt jedoch in keiner Weise aus, daß seine Vertreter in der freien Friedenswirtschaft in führende Herrenstellung gelangen. Hat es doch Zeiten gegeben, in denen sowohl Erzeuger wie Verbraucher unter einem Regiment des Handels standen, das mit den Worten „Handel ist Mächtig“ gekennzeichnet wurde. Diese Zeiten und mit ihnen eine derartig falsche Auffassung seiner wirtschaftlichen Tätigkeit und Bedeutung sind nun wohl für immer dahin, nachdem wir die Folgen seines Mangels in der Kriegswirtschaft am eigenen Leibe — und dies im vollsten Wortsinne — verspüren mußten.

Auf dem Gebiete der Landwirtschaft wird der Handel in demselben Augenblick beginnen können, in dem mit dem Abbau der Zwangswirtschaft begonnen wird, und er wird um so umfassender sich betätigen können, je weiter die Zwangswirtschaft vor der einsetzenden Friedenswirtschaft zurücktritt. Gegenwärtig ist der Großhandel ja nur der Kommissar der Kriegsgesellschaften, und der Kleinhandel befindet sich in der wenig beneidenswerten Lage von Angestellten der Kommunalverbände und der Gemeindeverwaltungen, und am „Freiessen“ ist wohl heute — der Schlüsselhandel. Ob es dem legitimen Handel aber gelingen wird, das gesamte Feld seiner früheren Tätigkeit zurückzugewinnen, dürfte wohl recht fraglich sein. Einerseits werden seinem Wirken aus dem Streben des Staates nach Monopolen Schranken erwachsen. Das Spiritusmonopol haben wir bereits, und ob wir auch ein Getreide- und Zuckermonopol bekommen werden, kann man heute noch gar nicht übersehen. Durch die Monopole aber würde der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten sehr wesentlich eingeschränkt werden. Andererseits ist dem Handel dann in den während des Krieges erstarkten Genossenschaften ein gefährlicher Mitbewerber erwachsen, der ihm auch nach dem Kriege einen großen Teil seines früheren Kundenkreises entziehen wird.

Auf industriellen Gebieten wird die Wiedereinrichtung des Handels von der Rohstoffbeschaffung abhängig sein. Gelingt es uns, Rohstoffe aus dem Ausland zu beziehen, so liegt der Veranlassung des Handels nichts im Wege, er wird sogar mit größerem Erfolge ausländische Rohstoffe einzuführen vermögen, als es staatliche Einkaufsgesellschaften tun können, die erfahrungsgemäß die Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit vermissen lassen, die dem Handel immer eigen gewesen sind, und die auch nicht wie der Handel über alle Beziehungen zum Ausland verfügen. Inwiefern aber der Überseehandel zu neuem Leben erweckt werden kann, wird schließlich von der Art der Friedensverträge mit England und Amerika abhängen. Wenn sich das Deutsche Reich beim Eintritt in die Friedenszeit in großer Finanznot befinden sollte, ist zu befürchten, daß eine Monopolisierung des Ein- und Ausfuhrhandels vorgenommen wird, um jeden Gewinn zur Abtragung der Kriegsschuld zu verwenden. Mit dem Überleben ist die Seeschifffahrt eng verbunden, deren Wiederaufleben ebenfalls von der Art der Friedensverträge abhängt; einstweilen hat das Reich durch das Gesetz über den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte sowohl der Seeschifffahrt wie dem Überseehandel eine gute Stütze geschaffen.

Bei der Aufteilung der Rohstoffe an die einzelnen Industriezweige wird der freie Handel ebenfalls nur in beschränktem Maße herangezogen werden können, da diese Verteilung in der ersten Zeit nur durch die Hand des Staates gehen wird und Staat sowohl wie Industrie ein Interesse daran haben, daß die Rohstoffe durch Zwischenglieder keine Verteuerung erfahren. Im weitestlichen dürfte der Bezug der Rohstoffe durch Handwerker und industrielle Organisationen vor sich gehen, und erst bei dem Abgang der Fertigfabrikate an das Publikum wird der Handel ein freies Feld für seine Tätigkeit finden. Wie weit dieses Feld aber ist, ist wieder eine Frage der Friedensschlüsse. Wenn wir als armes Volk in die Friedenszeit hineingehen, gedrückt von einer ungeheuren Kriegsschuld, wird die Kaufkraft und Kaufkraft außerordentlich gering sein und damit der Handel nur enge Grenzen haben. Es zeigt sich hier die Abhängigkeit des Handels von Erzeuger und Verbraucher, vor allem aber das Interesse des Handels an einem guten Ausgang des Krieges. Nur wenn die Lebensbedingungen für alle Arten von Erzeugern (von Lebensmitteln und Fabrikaten) sichergestellt sind, hat auch der Handel die eigentlichen Grundlagen seiner Existenz.

Die deutsch-spanischen Verhandlungen.

Auf dem Wege zur Einigung?

Berlin, 29. August.

Über den Stand der deutsch-spanischen Verhandlungen werden im Auslande allerlei böswillige Gerüchte verbreitet, die von neuen Schwierigkeiten zu berichten wissen. Demgegenüber darf gesagt werden, daß die Verhandlungen einen durchaus normalen Verlauf nehmen, so daß einstweilen jedenfalls pessimistische Betrachtungen über das zu erwartende Ergebnis nicht angebracht erscheinen.

Die deutsche Politik geht nach wie vor von der Auffassung aus, daß der uns von England aufgenötigte U-Boot-Krieg im Sperrgebiet seinerlei Einschränkung erfahren darf, und daß somit hier eine Rücksichtnahme auf neutrale Schiffe ausgeschlossen ist. Etwas anderes ist es mit den nichtgesperrten Gebieten, in denen das System der Geleitschiffe unter Umständen noch mehr erweitert, und den Neutralen damit eine gewisse Erleichterung gewährt werden könnte. Unter solchen Voraussetzungen wäre eine Verständigung zu erzielen, falls Spanien, von dessen wahrhaft neutraler Gesinnung wir uns in vier Kriegsjahren überzeugen konnten, einer solchen Lösung zustimmt. Dann dürfte es voraussichtlich auch nicht mehr schwer fallen, über die Frage des verlorenen spanischen Schiffsraums für zukünftige Fälle eine Einigung zu erzielen. In jedem Falle werden die Verhandlungen in friedlichem Geiste fortgesetzt, unbeeinträchtigt durch die Treibereien des Verbundes, der sich alle erdenkliche Mühe gibt, sie zu stören.

Die deutsch-russischen Ergänzungsverträge.

Berlin, 29. April.

Saltamtlich wird über den Inhalt der neuen deutsch-russischen Ergänzungsverträge zum Brest-Litovsk-Friedensvertrag, die auf deutscher wie russischer Seite noch der Ratifizierung bedürfen, mitgeteilt:

Der Ergänzungsvertrag ist dazu bestimmt, eine Reihe politischer und militärpolitischer Fragen zu regeln, die hauptsächlich dadurch entstanden, daß die Beziehungen Russlands zu den Randvölkern noch unregelmäßig sind. Der Verbund konnte sein Interesse den jungen Staatswesen nicht verbergen, die ihm als erste die Friedenshand boten. Die Abklärung der Randstaaten erforderte eine offene Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Russland. Dabei mußte sich die deutsche Regierung eins mit dem deutschen Volke in dem Grundsatze, eine gewaltsame Abtrennung bisher russischen Gebiets weder zu veranlassen noch zu unterstützen. Dieser Grundsatze, der in dem Ergänzungsvertrag ausdrücklich niedergelegt wurde, sichert Russland auch für die Zukunft die Möglichkeit, seine inneren Angelegenheiten selbst zu ordnen, und erscheint so als ein Fundament auf dem jede russische Regierung, die nicht den Krieg mit Deutschland will, bauen kann und bauen muß.

Unter den Randstaaten stehen Estland und Livland im Vordergrund des deutschen Interesses. Es ergab sich die im Ergänzungsvertrag vereinbarte Lösung, welche die Selbständigkeit der baltischen Länder besiegelt, aber der russischen Volkswirtschaft durch Sicherung vor Handelswegen und Einräumung von Freihäfen die Tür nach der Ostsee für alle Zukunft offen hält. Unter den im Brest-Litovsk-Frieden noch nicht berücksichtigten staatlichen Neubildungen hat Georgien auf dem Wege zu inneren Festigung bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Es ist gelungen, Russlands Zustimmung zu der von diesem Staate begehrt Anerkennung zu erlangen. Was die übrigen Staatenbildungen im Kaukasus anlangt, so waren für diese ähnliche Zugeständnisse, wie für Georgien, von Russland in dem Vertrage nicht zu erlangen, die russische Regierung überließ es gerade auf die Sicherung des Kaukasusgebietes mit seinen reichen Rohstoffquellen den allgeringsten Wert: ihrem Bunde konnte sich Deutschland um so weniger entscheiden, als Russland die Verpflichtung übernahm, einen Teil der Rohstoffausbeute für den Bedarf Deutschlands und seiner Verbündeten zur Verfügung zu stellen.

Nach den Bestimmungen des Finanzabkommens sollen die gegenseitigen finanziellen Verpflichtungen aus dem Zusatzvertrag durch Wechselsummen abgelöst werden. Russland hat unter Anrechnung der entsprechenden deutschen Verpflichtungen an Deutschland noch sechs Milliarden zu zahlen, wovon eine Milliarde voraussichtlich von der Ukraine und Finnland übernommen wird. Die Bankkollaterale schließt auch die Vergütung für die Verluste in sich, die Deutsche durch die von der russischen Revolution gezeichnete bis zum 1. Juli 1918 angeordneten Enteignungsmassnahmen erlitten haben. Für die Herausgabe der beiderseitigen Bankdepots und Bankguthaben ist eine besondere Regelung vorgesehen worden. Die weiteren Bestimmungen des Abkommens verfolgen den Zweck, gewisse Verbindlichkeiten auszugleichen. Es handelt sich dabei zunächst um die sozialistische Enteignungsgefahr. Deutscherseits kann nur gefordert werden, daß jede Ausnahmegefahrung zumungunsten Deutschlands ausgeschlossen und daß die völlige Schadloshaltung der betroffenen Deutschen gesichert ist. Dementsprechend wird die Enteignung von Vermögenswerten in Russland unter der Voraussetzung anerkannt, daß sie allen In- und Ausländern gegenüber gleichmäßig durchgeführt wird und daß die deutschen Berechtigten in jedem einzelnen Falle sofort eine durch eine unparteiische Instanz festzusetzende Entschädigung erhalten.

Das Privatvertragsabkommen behandelt Rechtsverhältnisse aus Wechseln und Schecks, Valutageschäften, gewerbliche Schutzrechte und Verjährungsfristen. Daneben ist für alle wichtigen vor Kriegsausbruch begründeten Privatvertragsverhältnisse zwischen Deutschen und Russen eine internationale Gerichtsbarkeit vereinbart worden. Diese Gerichtsbarkeit soll durch zwei internationale Gerichte mit Sitz in Berlin und Moskau ausgeübt werden, die sich aus je einem dänischen Präsidenten sowie je einem deutschen und einem russischen Richter zusammensetzen und in erster und letzter Instanz entscheiden.

Wie sich aus den vorstehenden Darlegungen ergibt, sind beide Teile nach Kräften bemüht gewesen, die mannigfachen Schwierigkeiten, die der Herstellung eines wirklichen Friedenszustandes im Osten entgegenstehen, auf dem Wege freundschaftlicher Verständigung zu überwinden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Schaffung von Sondergesandtschaften in Sofia haben die bayerische und die sächsische Regierung beschlossen. Schon in der nächsten Woche, bei einem besonderen Anlaß, soll die Schaffung dieser diplomatischen Vertretungen bekanntgegeben werden. Bayern wird seinen jetzigen Gesandten in Wien als Vertreter in Sofia beglaubigen, während Sachsen einen eigenen Gesandten nach Sofia entsenden wird. Es wird erzählt, daß der Gesandte zunächst ein unverheirateter Mann sein muß, weil für einen verheirateten mit Familie gegenwärtig in Sofia kein eigenes Haus erworben werden konnte. — Das Recht der Bundesstaaten auf selbständige Vertretung kann nicht bestritten werden. Dennoch werden hier und da Stimmen laut, die solche Vertretungen gerade in dieser Zeit nicht als Stärkung des Reichsgedankens vor dem Ausland betrachten.

Sichtlichlich der Ver. d. d. Wahlrechtsfrage im preussischen Herrenhause ist nunmehr beschlossen worden, daß die Wahlrechtskommission nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, am 2. September, sondern erst am 4. September zusammentreten soll. Am Montag vereinigen sich wieder die beiden Fraktionen des Herrenhauses zu Beratungen. Anschließend will man versuchen, schon vorher eine Verständigung anzubahnen. Die Verhandlungen der Kommission sollen ungefähr acht Tage in Anspruch nehmen.

Osterreich-Ungarn.

Die Gerüchte von einer Umwandlung Österreichs in einen Staatenbund haben die Wiener Regierung zu der Erklärung veranlaßt, daß sie in der Vorbereitung einer Verfassungsrevision unter Wahrung aller Einheitsinteressen des Staates zwar eine ihrer wichtigsten Aufgaben erblickt, daß aber gegenwärtig der Stand der Vorarbeiten ein Hervortreten mit den ins Auge gefassten Plänen noch nicht zuläßt. Gleichwohl verläutet aus zuverlässiger Quelle, daß der Ministerpräsident schon wiederholt mit den Parteiführern Fühlung genommen hat, um ihre besonderen Wünsche kennenzulernen.

Polen.

Über die Lösung der polnischen Frage wogt der Streit der Meinungen noch immer hin und her. So wird jetzt wieder von polnischer Seite behauptet, daß die leitenden österreichischen Kreise entschieden bei der sogenannten austro-polnischen Lösung beharren, und daß sie diese Lösung verlangen und verteidigen. Zwischen Deutschland und Österreich ist ein volles Einverständnis noch nicht erzielt worden. Deutschland dürfte in der nächsten Zeit einen eigenen Vorschlag machen. Weil zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ein Einverständnis über die Lösung noch nicht besteht, haben diese Regierungen immer klarer, daß die Polen zur tätigen Mitwirkung an der Entscheidung berufen sind. Deshalb sind zu den weiteren Verhandlungen Vertreter Polens zugezogen worden.

Finnland.

Nachdem bei den finnisch-russischen Friedensverhandlungen in den Hauptfragen bisher kein Einverständnis zwischen beiden Parteien zu erreichen war, haben die finnischen Bevollmächtigten vorgeschlagen, die Verhandlungen auf einige Wochen zu vertagen, bei Wiederaufnahme der Unterhandlungen würden die finnischen Bevollmächtigten den russischen durch Vermittlung der deutschen Regierung weitere Vorschläge unterbreiten. Daraufhin wurden die Verhandlungen vorläufig vertagt. Die Vertreter der beiderseitigen Delegationen haben Berlin, wo bekanntlich die Verhandlungen stattfanden, bereits verlassen.

Russland.

Die Lage der Sowjetregierung erscheint gegenwärtig wieder gestillt. Alle Einzellongreife haben die Maßnahmen der Moskauer Volkskommissare gebilligt und waren einig in dem Beschluß, alle gegenrevolutionären Versuche zu unterdrücken. Nicht zuletzt aber haben wohl die Siege der Sowjettruppen die Stellung der Moskauer Regierung gestärkt. Die aus der russischen Hauptstadt gemeldeten Erfolge werden übrigens durch die japanischen antiken Nachrichten bestätigt. Die Tschecho-Slowaken haben ungewisselhaft eine schwere Niederlage erlitten. Dazu kommt, daß im letzten Augenblick China den sibirischen Feldzug aufgegeben zu haben scheint und nun Japan beschuldigt, es gehe auf eigene Faust im Widerspruch mit dem Plan der Verbündeten vor. Kurz, die Regierung Trotski-Venin darf ein wenig freier atmen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 29. Aug. Der Bundestatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten wird am kommenden Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammentreten. Der Vorsitz wird, wie immer, der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Dandl führen.

Berlin, 29. Aug. Reichskansler Graf Hertling hat vor seiner Heimkehr im Großen Hauptquartier die finnische Abordnung für die Königswahl empfangen.

München, 29. Aug. König Ludwig begibt sich am 3. September zu fünftägigem Aufenthalt nach Sofia.

München, 29. Aug. Kaiser Karl empfing gestern in München nach der Tafel den Ministerpräsidenten v. Dandl und den Kriegsminister v. Sellinath und hatte mit ihnen

... längere Unterredung, ebenso König Ludwig mit dem Kaiserlichen Grafen v. Buriat.

München, 29. Aug. Wie die Münchener Post meldet, hat der Reichstagsabgeordnete Georg v. Vollmar den Bureau des Reichstages und des Bayerischen Landtages angegriffen, da er seine Mandate niederlegt. Der betagte Sozialist ist seit längerer Zeit schwer leidend.

Stuttgart, 29. Aug. Als Vertreter der württembergischen Regierung wird sich Ministerialrat Schaeffer an den Wirtschaftsverhandlungen nach Salzburg begeben.

Wien, 29. Aug. Der irischen Presse ist verboten worden, über politische Versammlungen zu berichten, damit in das Ende der Home-Rule-Bewegung beigesteuert. England hat wieder einmal „gesiegt“.

Amsterdam, 29. Aug. Als Versammlungsort der Sozialisten-Konferenz der Verbandsländer ist jetzt enogultig London festgesetzt worden.

Rotterdam, 29. Aug. An der amerikanisch-mexikanischen Grenze kam es zwischen Truppen zu einem regelrechten Feuergefecht, in dessen Verlauf es auf beiden Seiten mehrere Tote und Verwundete gab.

Genf, 29. Aug. Der französische Ministerrat hat auf Antrag des Handelsministers beschlossen, die Gebühren für amtliche Telegramme jeder Art aufzuheben.

Der Krieg.

Der deutsche Rückzug.

Haag, 29. Aug. Die Lage an der Westfront beurteilt der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wie folgt: Die Deutschen haben die Somme überschritten. Gestein schien es nur, daß Chaumes und Rohe geräumt würden. Heute ist die Räumung bereits Tatsache. Die verblüffende Schnelligkeit, mit der die Deutschen diese gefährliche Bewegung ausgeführt haben, beweist, daß sie die Kunst, schnell zu manövrieren, noch nicht verlernt haben. An dem südlichen Teil, wo der Uebergang des Flusses am gefährlichsten war, wurde er zuerst unternommen, weiter nach Norden zu, wo die Deutschen in dem von den Granaten durchwühlten Trichterfeld der Sommeschlacht eine gute Deckung hatten, sind die Truppen bei Peronne und Brie beschäftigt, den Fluß zu überschreiten, wodurch für die Entente die Möglichkeit verloren ging, dem deutschen Heere hier, bevor es die Somme überschritt, eine große Schlappe zuzufügen. Die Deutschen waren, so lange sie unter starkem feindlichen Druck standen, für die Entente zu langsam zurückgegangen, und jetzt, wo der Druck sich verringerte, wieder zu schnell. Der Rückzug hat sich also für die Deutschen zu einem Erfolg entwickelt.

Berlin, 29. Aug. Die große Schlacht im Westen dauert mit unverminderter Heftigkeit an und zwingt den Feind tagtäglich seine durch die blutigen Kämpfe geklärten Verbände frisch aufzufüllen. Den Engländern brachte auch der achte Großkampftag trotz ihrer Massenangriffe an keiner Stelle einen nennenswerten Erfolg. Die Eigenart der Kämpfe bringt es mit sich, daß die Engländer nie wissen, ob die Deutschen gewillt sind, ihre Angriffe anzunehmen oder kampflöslich wertloses Gelände preiszugeben. In längst von den Deutschen aufgegebenen Abschnitten fühlen die Engländer nur vorsichtig nach und lassen sich halbe Tage von schwachen deutschen Patrouillen mit wenigen Maschinengewehren aufhalten. Andererseits prallen ihre Kolonnen gegen vorbereitete deutsche Stellungen und erleiden im Feuer der Maschinengewehre und Lauer-Batterien schwere Verluste. Das wenige, was sich die Deutschen in der Somme-Widnis während ihres letzten Durchmarsches neu gebaut hatten, wurde planmäßig zerstört. Die Kunstbauten der Bahnen und Straßen werden gesprengt.

Die Hauptlast der Kämpfe um diese für uns bedeutungslose Einöde tragen nach wie vor die australischen Divisionen. Sie alle sind zwischen der

Somme und Chaumes, oft sogar zum zweiten oder drittenmal eingesetzt. Südlich Chaumes mußten bereits Franzosen die Engländer ablösen.

Ebensoviel Erfolg wie die britischen Truppen hatten am 28. August die mit Unterstützung der Amerikaner angreifenden Franzosen nördlich der Aisne. Der Masseneinsatz der in Reihen von Hunderten während des vergangenen Jahres fertiggestellten Panzerwagen sollte die Erfolge sichern. Es zeigt sich jetzt, daß die auf die Tanks gesetzten großen Hoffnungen sich nicht erfüllten. Die deutsche Verteidigung wird der Sturmwagen täglich besser Herr. Infanterie, Panzabwehrschiffe und Kraftwagen haben sich in der Abwehr und Erledigung des neuen feindlichen Kampfmittels vervollkommen.

Wien, 29. Aug. In seiner Besprechung der großen Schlacht an der Westfront betont das Fremdenblatt, daß doch ohne Rücksicht auf die ungeheuren Blutopfer mit aller Macht die Entscheidung herbeizuführen trachte, die ihm jedoch nicht gelingen werde, denn das strategische System der Deutschen sei ganz unversehrt. Das Blatt sagt weiter: Die wilden Hammerschläge der Angriffe Hochs haben das Gefüge der Deutschen nicht erschüttert. Sie sind durch die meisterhafte Taktik des Bewegungskrieges im elastischen Wechsel zwischen Ausweichen und Gegenangriff immer abgefedert worden, sodaß der Angriff der Alliierten niemals über die von der deutschen Führung gezogene taktische Pufferzone hinauskam. Das Blatt bezweifelt die Angaben der Entente, daß ein Durchbruch gegenwärtig überhaupt nicht beabsichtigt sei, sondern hält eher dafür, daß die europäischen Alliierten deshalb so sehr auf die Entscheidung drängen, weil sie es aus vielen politischen und wirtschaftlichen Gründen durchaus nicht darauf ankommen lassen wollen, daß Amerika als Matador des Schlusssieges aufstehe. Vorerhand allerdings sei bis dahin ein noch recht weiter Weg.

Schwierigkeiten für den amerikanischen Nachschub.

Lugano, 29. Aug. „Secolo“ meldet aus Washington: General March, der Chef des Generalstabes, erklärte, daß sich gegenwärtig in Frankreich 32 Divisionen amerikanischer Truppen befinden. Es bestehen große Schwierigkeiten, diese Truppengruppen weiter zu erhöhen wegen des Mangels an Schiffsraum.

Erfolgreiche deutsche Gegenangriffe bei Oppy.

Haag, 29. April. Reuter meldet: Kräftige Gegenangriffe der Deutschen bei Oppy haben bewirkt, daß die Briten nicht alle Geländevorteile halten konnten, die sie am Montag nördlich der Scarpe erzielten. Die Deutschen haben Verstärkungen in die Schlacht geworfen und damit ein Zurückdrängen der Briten an verschiedenen Stellen erreicht.

Der Zweck der gegenwärtigen Offensive.

Der militärische Mitarbeiter der Londoner „Times“ schreibt: Es besteht noch immer eine falsche Auffassung über die Ziele der Kämpfe, die jetzt im Gange sind. Unser Ziel war keineswegs das völlige Niederzwingen der Deutschen; denn wir sind noch nicht stark genug, um den Feinden einen endgültigen Schlag zu versetzen. Immerhin ist es möglich, daß wir bald militärisch stark genug sein werden. Wir dürfen uns jedoch nicht übereilen, ehe unsere Kräfte den Höchststand erreicht haben.

Bewegungskrieg größten Stils.

Die „Bäcker Morgenpost“ bezeichnet als geschickteste Taktik der deutschen Heeresleitung, den Gegner immer ganze Armeen zu gewaltigen Offensivstößen ansetzen zu lassen, ihm dann so schweren Schaden beizubringen, als nur möglich, im übrigen aber durch geschickte Rückzüge ihm die Basis seiner Operationen immer wieder zu entziehen. Dadurch wird der Angreifer erschöpft. Wir erleben hier den Bewegungskrieg größten Stils, wo der Angreifer schwere Opfer bringen muß, um immer wieder einen Fuß vorwärts zu kommen, ohne aber an sein Ziel zu gelangen.

England verzögert das Gefangenens-Abkommen.

In einer Reutermeldung vom 29. August wird behauptet, daß die großbritannische Regierung der deutschen Regierung sofort ihre Bereitwilligkeit erklärte, die am 14. Juli im Haag unterzeichnete Vereinbarung über Kriegsgefangene und Zivil-

personen mit einer Einschränkung zu ratifizieren, daß die deutsche Regierung indessen noch nicht geantwortet habe und somit die Verantwortung für die Verzögerung trage. Dieser Vorwurf ist völlig unbegründet. Bis in die allerletzte Zeit war der deutschen Regierung keinerlei Mitteilung der großbritannischen Regierung über deren Stellung zu der Vereinbarung zugegangen. Erst am 22. August hat der deutsche Botschafter in Haag eine Erklärung der großbritannischen Regierung erhalten, wonach diese zur Ratifikation der Vereinbarung bereit sei, wenn die deutsche Regierung einer wesentlichen Punkte zustimme. Auf die Frage einer befriedigenden Regelung der Lage der Chinesen, von der bekanntlich deutscherseits die Genehmigung zu der Vereinbarung abhängig gemacht wird, ist die großbritannische Regierung in dieser Erklärung mit keinem Worte eingegangen. Darnach kann die Reutermeldung nur als eine grobliche Entstellung der Wahrheit bezeichnet werden.

Zwei Truppentransporte versenkt.

Mit 900 Amerikanern untergegangen.

Rotterdam, 29. August.

Nach zuverlässigen Nachrichten sind zwischen dem 12. und 23. August zwei amerikanische Transportschiffe versenkt worden. Auf einem kamen 264 und auf dem andern 619 Soldaten ums Leben. Die Dampfer fuhren beide in getrennten Geleitzügen. Außerdem wurde noch ein dritter Dampfer, der mit Munition und Lebensmitteln beladen war, torpediert.

Die Versenkung der Truppentransporte wurde von dem amerikanischen Nachrichtendienst geheimgehalten. Der Botschafter ließ nur die Angabe der Opfer unter der Schiffsbemannung durch, die auf dem einen Schiff neun, auf dem andern 16 Mann betrugen. Die Geleitzüge kamen am 19. August in Brest an, wo von einem Dampfer, der Geleitzüge an Bord hatte, vier Leichen und sechs Verwundete an Land gebracht wurden.

Kleine Kriegsgesch.

Berlin, 29. Aug. Der Kaiser traf heute in Raubheim zum Besuch beim König Ferdinand von Bulgarien ein. Straßburg i. E., 29. Aug. Bürgermeister Cohnmann von Mülhausen ist nach vierjähriger Gefangenenschaft aus Frankreich zurückgekehrt und hat seine Amtsgeschäfte wieder übernommen.

Konstantinopel, 29. Aug. Der Sultan wird nach der Rückkehr der belandenen Missionen, die seine Thronbesteigung notifizierten, eine Auslandsreise zum Besuch der Herrscher der Mittelmächte unternehmen.

Rotterdam, 29. Aug. Der Senat der Vereinigten Staaten hat dem Mannschafsgesetz zugestimmt. Haag, 29. Aug. In einem englischen Bericht wird mitgeteilt, daß die alliierten Streikkräfte die Flottille der Volksmächte auseinandergetrieben haben.

Sofia, 28. Aug. (M. B.) Sieben Vertreter bulgarischer Genossenschaften reisen heute nach Deutschland ab, wohin sie sich auf Einladung des Instituts für Annäherung zwischen Deutschland und Bulgarien begeben, um das deutsche Genossenschaftswesen, namentlich die landwirtschaftlichen Vereine, eingehend zu studieren.

Vom Tage.

Feldmarschall Hindenburg über den Wiederaufbau.

Berlin, 29. August.

Generalfeldmarschall von Hindenburg antwortete auf das Begrüßungstelegramm, das auf einer Reise in Ostpreußen befindlichen Hauptaufsicht des preussischen Abgeordnetenhauses:

„Verdanken Dank den Herren des Staatshaushalts-Ausschusses für freundliches Gedenken. Wie der Wiederaufbau des verwüsteten Ostpreußens durch den Ansturm der Feinde nicht gehindert werden konnte, so wird auch Deutschlands wirtschaftliches Leben nach dem Kriege allen Gegnern zum Trost neu erblühen.“

Auf ein Telegramm, das die Vaterlands-Partei in Reichenberg im Vogtland an den Generalfeldmarschall mit der Bitte um ein Lebenszeichen, um Gerüchten über den Gesundheitszustand des Feldmarschalls entgegenzutreten zu können, gerichtet hatte, antwortete Hindenburg: „Ein Gott sei Dank ferngesund und sehr der Zukunft getrost entgegen.“

Feldmarschall von Hindenburg.*

Die Frau mit den Karfunkelsteinen.

Roman von E. Marlitt.

49. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ueberpaunte Karren! Ich sage dir, das würden alle Bernünftigen, alle, die auf Ehre und Reputation ihres Hauses halten, von dir fordern.“

„Herbert nicht!“ rief das junge Mädchen mit leidenschaftlichem Protest.

„Herbert?“ rief die Frau Amtsrätin scharf, mit hochmütigem Befremden. „Trittst du wieder in die Kinderhufe zurück? Der Onkel“, willst du sagen?“

Ein jäher Farbenwechsel flutete über das Gesicht der Gemahregelten. „Nun denn — der Onkel!“ verbesserte sie sich hastig. „Er wird nie zu jenen gewisslosen, Bernünftigen“ gehören, nie, niemals! Ich weiß es! Er soll entscheiden.“

„Gott bewahre! Du unterstest dich nicht, mit ihm darüber zu sprechen, bis —“

„Bis wann, Mama?“ fragte der Vondrat plötzlich von seinem Zimmer her.

Die alte Dame schrak zusammen, als sei ein jäher Donnerschlag ihr zu Häupten hingebrochen. „Ah, bist du schon so früh zurück, Herbert?“ stotterte sie, verlegen sich umwendend. „Du kommst ja wie hereingeschneit!“

„Keineswegs. Ich sehe seit lange hier in der offenen Türe, allein ich fand keine Beachtung.“ Mit diesen Worten kam er herüber. Er sah ernst, ja finstern aus, und doch war es dem jungen Mädchen, als leuchte sein Blick blitzartig auf, indem er ihr Gesicht streifte.

„Ich würde mich sofort distret zurückgezogen haben“, wandte er sich an seine Mutter, „wenn die leidenschaftliche Verhandlung zwischen dir und Margarete nicht auch mich anginge — du weißt, ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, Licht in die Angelegenheit zu bringen.“

„Nun, nachdem du dich hast überzeugen müssen, daß jeder gesetzliche Anhaltspunkt fehlt?“ fragte die alte Dame zitternd vor Ärger. Sie zuckte die Schultern. „Nun, meinetwegen, steht Jadeln an, um einen Schandfleck zu beleuchten — mehr werdet ihr nicht

erreichen! Ich, Herbert, begreife ich nicht! Es liegt doch auf der Hand, daß die Papiere — wenn sie je existiert haben, was ich durchaus bezweifle — aus guten Gründen verschwunden sind. Sagst du dir nicht selbst, daß du dich mit diesem Aufbauschen des widerwärtigen Handels an Balduin schwer veründigt?“

„Wie — eine Versündigung nennst du es, wenn ich mich bemühe, seine Schuld gutzumachen?“ zürnte ihr Sohn. „Uebrigens kommt es für mich gar nicht mehr in Frage, ob eine Vertuschung von Seiten des Verstorbenen stattgefunden oder nicht; ich vertrete hier das Recht des Lebenden, der nicht bestohlen werden darf. Ich weiß bereits zu viel, um es geschehen zu lassen, daß das Dunkel über dem widerwärtigen Handel“, wie du die schwebende Frage nennst, verbleibe. Oder glaubst du, ich würde mich je zum passiven Mitwisser einer verschwiegene Schuld eignen? Margarete sagt aus —“

„Komm mir nicht mit diesen Hirngespinn!“ rief die Frau Amtsrätin, in erbitterter Abwehr beide Hände gegen ihn ausstreckend. „Man weiß nur Genüge, daß es für solch einen müßigen Mädchenkopf nur eines sehr geringen Unhaltes bedarf, um daran ein ganzes Gewebe von Phantasereien zu knüpfen.“

Der Vondrat wandte den Kopf seitwärts nach dem jungen Mädchen. „Daß es dich nicht kränken, Margarete!“ sagte er.

„Was für ein liebevoll tröstender Ton!“ spottete seine Mutter. „Wirst du mit einem Male ein zärtlicher Onkel, du, der für Janniss Alteste nie auch nur eine Spur von Sympathie gehabt hat?“ ... Immerhin! Haltet zusammen gegen mich, die allein den Kopf oben behält! Mich werdet ihr nicht überführen, es sei denn, daß ich's schwarz auf weiß sehe!“

„Du wirst es schwarz auf weiß sehen, Mama!“ sprach Herbert ruhig und bestimmt. „Die Kirchenbücher in London werden nicht auch verbrannt sein.“

„O, mein Gott! Damit willst auch du sagen, Onkel, daß mein Vater die in seinen Händen befindlichen Papiere selbst vernichtet haben müsse?“ rief Margarete in einer Art von stiller Verzweiflung. „Das ist nicht wahr! Er hat es nicht getan! Ich habe die unerklärliche Ueberzeugung, daß es keiner Weise

nach London bedarf; die Papiere müssen sich hier finden, wir müssen besser suchen.“

„In dieser Illusion kann ich dich leider nicht bestärken“, entgegnete Herbert. „Der ganze schriftliche Nachlaß, alle Dokumente, selbst die Geschäftsbücher sind auf das Gewissenhafteste durchsucht worden, auch nicht das kleinste Briefblatt ist unseren Augen und Händen entgangen. Ich habe den ganzen ersten Stock durchsucht, auch alle Kisten und Kasten der unbenutzten Möbel in den Gesellschaftsräumen.“

In diesem Augenblick flog eine tiefe Glut bis über die Schläfen des jungen Mädchens — es war, als durchschüttete ein jäher Schreden ihren Körper. „In den Gesellschaftsräumen des ersten Stocks, sagst du?“ fragte sie wie mit zurückgehaltenem Atem. „Und die Zimmer im Seitenflügel?“

Der Vondrat sah sie groß an. „Wie hätte mir auch nur der Gedanke kommen können, dort zu suchen?“

„Im Speisezimmer der schönen Töre, das seit Jahren kein Menschenfuß betreten hat!“ sehte die Frau Amtsrätin mit Hohnlächeln hinzu. „Da siehst du ja, Herbert, wie logisch es in solch einem kunterbunten Mädchengehirn zugeht!“

„Ich habe den Papa kurz vor seinem Tode hineingehen sehen“, sagte Margarete scheinbar ruhig, aber ihre Stimme wankte vor innerer Bewegung. „Er hat sich damals eingeschlossen.“

„So gehen wir unverzüglich!“ rief der Vondrat überaus.

Sie flog hinunter, um die Schlüssel zu holen. Nach wenigen Minuten kehrte sie zurück und traf mit Herbert an der Türe des Flursalles zusammen; aber er war nicht allein; seine Mutter, in dicke, warme Schale und Fücher gewickelt, ging an seinem Arm. Sie mußte doch auch dabei sein, wenn der Schatz gehoben werde, sagte sie mit einem spöttischen Seitenblick auf die Enteln.

(Fortsetzung folgt.)

Friedenshoffnungen im englischen Volk.

Amsterdam, 29. Aug. In Glasgow sammelte sich infolge des Gerüchts, der Friede werde abgeschlossen, eine riesige Menge vor dem Hauptpostamt an, von wo das Gerücht ausgegangen. Als es als unzutreffend erklärt wurde, zeigte es große Enttäuschung bei den Volksmassen.

Russischer Protest an die Entente.

Berlin, 29. Aug. Aus Anlaß der Verletzung des russischen Gebietes durch englische Flieger hat die russische Regierung durch die Gesandtschaft in England und der übrigen Entente-Mächte Protest eingelegt und Aufklärung und Verhaftung der Schuldigen sowie Schadenersatz für die Verletzten verlangt.

Preiserhöhung für oberischlesische Kohle.

Leipzig, 29. Aug. Die oberischlesische Kohlenkonvention beschloß eine Preiserhöhung von 2 Mark pro Tonne ab 1. September, einschließlich Kohlen- und Umfahntarife erhöht sich der Preis um 2,50 Mark die Tonne.

Amerikanischer Militärzwang auch nach dem Kriege.

Genf, 29. Aug. Einer Meldung aus New York zufolge will der Präsident des Repräsentantenhauses bei der Verabschiedung der neuen Militärvorlage eine Rede und betonte, das Volk wüßte die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht auch nach dem Kriege.

Bauern und Mittelstand.

In einem bemerkenswerten Aufsatz nimmt der Führer der nationalliberalen Reichstagsfraktion, Dr. Stresemann, Stellung zu der Frage, ob nach der langen Dauer des Krieges die herrschende wirtschaftliche Politik noch geeignet ist, uns die früheren Grundlagen in bezug auf Bauern und Mittelstand als die beiden Grundfaktoren einer gesunden Volkswirtschaft zu erhalten. Dr. Stresemann weist darauf hin, wie man ängstlich bemüht gewesen sei, in der wirtschaftlichen Kriegsgesetzgebung die Ansichten der Gewerkschaften zu berücksichtigen und ihren Anschauungen gerecht zu werden. Die weitgehende Rücksichtnahme des Staates, die gegenüber den Arbeiterinteressen fortgesetzt geübt sei, habe die Politik gegenüber der Landwirtschaft vollständig vernachlässigen lassen. Der Bauer habe von dem Wohlwollen der Behörde nichts zu spüren bekommen. „Ohm kam man“, fährt Stresemann weiter aus, „mit Beschlagnahmen, Hausdurchsuchungen, Durchsuchungen, auch durch Militär, Strafen, Androhungen und einem Gegenstand von Verordnungen, die niemals von einer Landwirtschaftskammer ausgenommen worden sind, bei denen die Vertretungen nicht um ihre Meinung befragt wurden, so daß sie vielfach von Deuten ausgingen, die von diesen Dingen theoretisch wenig und praktisch gar nichts verstanden. Es ist keine vom Bund der Landwirte in die Öffentlichkeit gesetzte demagogische Phrase, daß der deutsche Bauer dadurch heute teilweise bis zum Haß verbittert ist. Die Zubehörsregerei wird gerade in der Landwirtschaft als unerträglich empfunden, und da Druck und Zwang erzeugt, ist das Endergebnis eine Minderung der Freundschaft, ein Sich-Versteifen gegen die Regierungsverordnungen und ein Mangel an Staatsfreudigkeit, das sich einmal aufzeigen wird, wenn man zu späteren Zeiten wieder die Notwendigkeit empfinden dürfte, an diejenigen Schichten zu appellieren, die man jetzt strafflos glaubt vernachlässigen zu können. Es ist ferner, wie ungerecht die öffentliche Meinung sich in bezug auf die Landwirtschaft gerade in der Gegenwart stellt. Sobald es sich um Erhöhung des Preises für landwirtschaftliche Erzeugnisse handelt, wird sofort von Wucher gesprochen. Wenn das Wort Bedeutung haben soll, dann wäre es auf viele andere Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens mit viel größerer Berechtigung anzuwenden, als auf die deutsche Landwirtschaft, die ihrerseits die notwendigen Kriegsmaschinen und Ausrüstungen zu exorbitanten Kriegspreisen beschaffen muß, aber selbst nicht in der Lage ist, einen den gestiegenen Erzeugungskosten entsprechenden Preis für ihre Produkte zu erhalten. Die Kriegswirtschaftliche Methode auf dem Lande zeigt ferner eine Gegenüberstellung. Der Landwirt sieht die sinnlose Verleumdung aller derjenigen Personen, die einen Posten als Vermittler oder Agent der Kriegswirtschaft erlangt haben. Es wirkt auf ihn aufreizend, wenn er sieht, wie einige Pferde- oder Viehhändler, die nur die Vermittlung durch ihre Händler geben lassen, das Geld in Scheffeln einstreichen, daß Fabriken, deren landwirtschaftliche Erzeugnisse zur Verarbeitung zugewiesen werden, Millionen verdienen, während sie selber um jede angemessene Erhöhung ihrer Erzeugnisse einen oft vergeblichen Kampf führen müssen. Zu den hohen Preisen für die Viehfütterung stehen die für das Viehvieh gezahlten Preise in keinem Verhältnis und ersticken dadurch die Produktion. Dazu kommen dann noch allerlei Schikanen, beispielsweise, daß die Ablieferungsstermine willkürlich festgesetzt werden und ein Bauer, der unter Zugrundelegung der alten Preise seine Kälber angekauft hat, sie nicht zu dem Termin loswerden kann, wo sie schlachtreif sind, dann aber bei dem nächsten Ablieferungsstermin erfahren muß, daß inzwischen die Preise um 40 Mk. pro Zentner heruntergesetzt sind. Gewöhnlich man sich doch endlich daran, mit dem bloßen Schlagwort von dem „Agrarier“ aufzutreten und alle diese Dinge der Ernährung mit dem gesunden Menschenverstand anzusehen. Was dem Munitionsarbeiter recht ist, ist dem Bauern billig. Wenn der deutsche Liberalismus in dieser Kriegszeit, in der es sich darum handelt, die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen, sich von den Grundsätzen des Apphthaliberalismus in bezug auf die Landwirtschaft leiten läßt, dann geht ihm das Vertrauen in der Landwirtschaft verloren. Genau so fehlerhaft wie es ist, die Fragen der Außenpolitik mit denen der Innenpolitik zu verknüpfen, genau so fehlerhaft wäre es, aus einem solchen Vorurteil gegen die „Agrarier“ heraus sie auch dort nicht zu hören, wo sie unzweifelhaft das größte Sachverständnis haben. Wenn jeder ein Egoist ist, der in diesem Kriege höhere Preise für seine Erzeugnisse verlangt hat, dann besteht das deutsche Volk überhaupt nur aus Egoisten. Mit diesem Vor-

wurf sollte man gerade angefaßt der Vorgänge in unserem übrigen Wirtschaftsleben recht vorsichtig sein, ehe man ihn gegenüber der Landwirtschaft anwendet.“

Dr. Stresemann prüft dann die Frage, wie es um die Lebensfähigkeit des Mittelstandes steht, und setzt sich für die Wiederaufrichtung des Mittelstandes nach und während des Krieges nachdrücklich ein. Zur Frage der Beamtenbefolgung vertritt Dr. Stresemann den Standpunkt, daß das Zurückziehen der Beamtenbefolgungsreform im großen richtig war, so lange man mit einem kurzen Kriege rechnete, daß aber heute zu erwägen sei, ob diese Gedankenengänge noch aufrechterhalten werden können. Zum mindesten werde man die Teuerungszulagen in das richtige Verhältnis zu den gestiegenen Lebenshaltungskosten bringen müssen. Gleiches Recht für alle bedeute in der Gegenwart gleiche Berücksichtigung aller volkswirtschaftlichen Faktoren und Gleichstellung aller für das Vaterland ehrlich Arbeitenden, gleichgültig, auf welchem Plage sie stehen, unbeschadet dessen, ob sie Kopf- oder Handarbeiter sind. Das heutige System sei durch große Einseitigkeit gekennzeichnet und bringe Gefahren in sich, denen wir begegnen müßten, ehe es zu spät sei und ehe wir unersetzbare Werte des deutschen Volkslebens dauernd zerstört oder mindestens herabgedrückt haben.

Aus Nah und Fern

Herborn, den 30. August 1918.

* Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe erhielt Herr Steuerinspektor Selbach.

* Zur Kontrolle der Viehbestände, insbesondere zur Unterstützung der Maßnahmen zur Bekämpfung des Schleichhandels und zur wirksamen Erfassung der Milcherzeugung soll im Wege örtlicher Polizeiverordnungen die Einrichtung von Vieh-Katastern durchgeführt und demgemäß ein Zwang zur Anmeldung des Viehbestandes, sowie der Kälbergeburten bei den Gemeindebehörden hergestellt werden. Dieses Viehregister dürfte auch dazu dienen, eine Grundlage für den Wiederaufbau unseres Viehbestandes zu schaffen.

* (Gemeinverständliche Belehrung über die Ruhr.) Die Ruhr beginnt mit heftigen Schmerzen und Durchfällen, die bald ein schleimiges Aussehen annehmen. Meist ist dem Stuhl auch Blut beigemischt. Bisweilen beginnt die Krankheit mit Erbrechen und Übelkeit. Hierbei ist oft vorhanden, kann aber auch vollständig fehlen. Es empfiehlt sich, beim Auftreten verdächtiger Krankheitserscheinungen sofort einen Arzt zu rufen. Die Ruhr ist eine aus gesprochenen Schmutzkrankheit. Ihre Übertragung kommt ausschließlich dadurch zustande, daß Teile vom Stuhl eines Ruhrkranken in den Mund eines Gesunden gelangen. Der Erreger der Ruhr, ein Bazillus, wird nämlich von den Kranken lediglich mit dem Stuhl ausgeschieden. Die dünnflüssigen Darmentleerungen beschmutzen auch bei an sich sauberen Menschen sehr leicht die Hände, zumal Papier häufig für Flüssigkeiten und Bakterien durchlässig ist. Durch unsaubere Hände werden dann die Ruhrkeime auf Gegenstände (Griff am Wasserzug des Klosetts, Türklinke, Treppengeländer und Gebrauchsgüter), ferner auf Nahrungsmittel oder unmittelbar auf Gesunde übertragen. Der wirksamste Schutz gegen die Ruhr ist daher Sauberkeit der Hände. Auch können Fliegen die Ruhr verbreiten, wenn sie Gelegenheit haben, sich auf Entleerungen von Ruhrkranken und danach auf Nahrungsmittel zu setzen. Unreifes Obst und verdorbene Nahrungsmittel verursachen an sich keine Ruhr. Sie können jedoch durch Erzeugung von Magen- und Darmkatarrhen das Gelingen etwa in den Darmkanal hinein gelangter Ruhrbazillen und damit das Entstehen der Ruhr begünstigen. Deshalb vermeide man beides, wenn Ruhr herrscht, ganz besonders. Die beste Pflege findet ein Ruhrkranker in einem Krankenhaus. Durch schnelle Absonderung der Kranken und Infizierten im Krankenhaus werden auch ihre Familienangehörigen und Arbeitsgenossen in wirksamster Weise gegen die Übertragung der Ruhr geschützt. Werden die geschilderten Vorsichtsmaßnahmen beobachtet, so erlischt eine Ruhrpandemie in der Regel schnell.

* Die Titeländerung sucht beginnt epidemisch zu werden. Nachdem uns dieses Jahr schon den Studienreferendar, Studienassessor und Studienrat gebracht hat, sollen nunmehr auch die Titel der höheren Baubeamten in entsprechender Weise geändert werden. Es heißt, daß Ermittlungen im Gange sind, ob etwa die Regierungsbauführer in einen Baureferendar und der Regierungsbaumeister bis zur planmäßigen Anstellung in einen Bauplanassessor umzuwandeln seien. In den beteiligten Kreisen wird man von diesem Plan keineswegs recht erheitert sein, und man hofft, daß er nicht zur Ausführung gelangt, da an den bisherigen Titeln wahrhaftig nichts auszusetzen ist. Es ist daher nicht einzusehen, warum die bisherigen schönen Titel durch die Affessoritis erwidert werden sollen.

Limburg. Auf der Ermittlung des Täters, der am 12. August im Staffeler Gemeindeveld den Arbeiter Karl Opel in verbrecherischer Weise erschoss, setzte die hiesige Staatsanwaltschaft eine Belohnung von 1000 Mark aus.

Friedberg. Bei der Speaderteilung, die in der vorigen Woche für die Einwohnerschaft des Kreises Friedberg vor sich gehen sollte, fehlten etwa 20 Zentner Spead. Da die Stadt Friedberg bereits voll beliefert war, mußten sich die Landorte mit erheblich geringeren Mengen, als ursprünglich in Aussicht genommen war, bescheiden. Wo die fehlenden 20 Ztr. Spead geblieben sind, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Frankfurt a. M. Der seit Mai infolge des bekannten Unfalls in der Umformerstation am Schillerplatz unterbrochen gewesene direkte Straßenbahnbetrieb nach Homburg und Oberursel wurde am Donnerstag wieder aufgenommen. Auch eine Anzahl Nebenlinien in Großfrankfurt wurde wieder in Betrieb gesetzt.

Mannheim. Wegen der hohen Weinpreise nehmen die christlichen Gewerkschaften Badens in einer Eingabe an die Großherzogliche Regierung Stellung. Sie verlangen Maßnahmen, die ein weiteres Steigen der Weinpreise unter allen Umständen verhindern sollen. In der Eingabe wird gesagt, daß die kleinen Leute, die Arbeiter, unteren und mittleren Beamten usw., desgl. auch Kranke und schwächliche Personen, die im Interesse ihrer Gesundheit Wein trinken müßten, bei den heutigen hohen Preisen ihn fast nicht mehr kaufen könnten. Zum Schluß heißt es: „Gehen die Weinpreise noch mehr in die Höhe, dann können nur noch die Kriegsgewinnler und Heereslieferanten Wein kaufen. Wir haben auch die Auffassung, daß unser Herrgott den Wein nicht nur für diese, sondern für das ganze deutsche Volk wachsen läßt. Und darum müssen Vorkehrungen getroffen werden, um diese edle Gottesgabe dem ganzen Volke zugänglich zu machen.“

Berlin, 29. Aug. Bei einem räuberischen Überfall auf eine Pensionsinhaberin in Charlottenburg wurde diese durch Dolchstiche schwer verletzt. Die Täter, zwei Fahnenflüchtige und eine Frau, wurden verhaftet.

Breslau, 29. Aug. Ein Wirbelsturm richtete in der Gegend des Hohenberges große Verheerungen an.

München, 29. Aug. In Althausen sind drei Personen beim Baden im Main ertrunken.

Münch., 29. Aug. Das Landratsamt Misingen kündigt die Schließung der Luftkurpöle wegen Samstags an.

□ Brennspiritus. Vom 1. September d. J. an dürfen nach einer Bekanntmachung der Reichsbrandweinstelle bis auf weiteres monatlich wieder 25 Hundertheile desjenigen Menge, die durchschnittlich monatlich vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 für häusliche Zwecke (Flaschen-Spirit) verbraucht worden ist, zu denselben Zwecken in den Bezirken gebracht werden. Von diesen 25 Hundertheilen werden 20 Hundertheile zum Preise von 55 Pfennig für das Liter ausschließlich Glas gegen Bezugsmarken, die von den Kommunalverbänden ausgestellt werden, der Rest von 5 Hundertheilen zum Preise von 2 Mark für das Liter ausschließlich Glas ohne Bezugsmarken geliefert. Der Spiritus zum Preise von 55 Pfennig für das Liter ist ausschließlich zur Befriedigung des Bedürfnisses minderbemittelter Personen bestimmt, die ihn zu Koch-, Heiz- und Leuchtzwecken benötigen, und denen Elektrizität, Gas oder Petroleum nicht zur Verfügung steht, sowie zur Deckung des Bedarfs von Personen, die den Spiritus für Zwecke der Kranken- und Säuglingspflege unbedingt gebrauchen. Gewerbetreibende, die vollständig vergällten Brandwein zur Verarbeitung im eigenen Betriebe benötigen, haben sich zur Erlangung der erforderlichen Bezugsmarken wie bisher an die Großvertriebsstellen zu wenden. Bezugsmarken, die den Kommunalbehörden überlassen sind, sind zur Befriedigung gewerblicher Bedürfnisse nicht bestimmt. Den Gewerbetreibenden gleichgestellt sind: Apotheken, Drogerien, Krankenhäuser, Lazarett, Ärzte, Hebammen, Desinfektoren, landwirtschaftliche Betriebe und Darlehnskassen, Behörden, Geistliche und Lehrer.

□ Ein deutsches Erfindungsinstitut soll in Gießen gegründet werden. Das Programm ist folgendes: Das deutsche Erfindungsinstitut bezweckt die Förderung deutscher technisch-schöpferischer Arbeit durch Auslese und Förderung erfindungsreicher Persönlichkeiten sowie durch Unterstützung brauchbarer Erfindungen durch Geldmittel, technische und Rechtsberatung, ferner durch die Weiterleitung der Erfindungen an Heer und Marine, Industrie und Gewerbe.

□ Die Eilbestellgebühr für Postsendungen nach Österreich und Bosnien-Herzegowina wird infolge besonderer Verhältnisse in diesen Ländern vom 1. September ab für Briefsendungen und Postanweisungen auf 50 Pfennig, für Pakete auf 80 Pfennig erhöht. Sie ist nach wie vor vom Absender im Voraus zu entrichten.

□ Neue deutsche Heilstätte in Davos. Im Laufe des Spätherbstes wird eine neue Heilstätte in Davos eröffnet werden, die namentlich dem lungenkranken kriegsbeschädigten Mittelstand zugute kommen soll. Die Mittel dazu sind von dem Reichsausschuß der kriegsbeschädigtenfürsorge, der Bäderfürsorge des Zentralkomitees vom Roten Kreuz und dem Deutschen Kriegerbildungs- und in der Schweiz aufgebracht. Das Haus wird zunächst 160 Kranke aufnehmen können.

□ Telegraphische Postanweisungen nach Belgien. Vom 9. September ab sind zwischen Deutschland und den im Generalgouvernement Belgien gelegenen Orten Brüssel, Lüttich, Verdiers, nebst deren Vor- und Nachbarnorten sowie Antwerpen, Charleroi, Eines, Halle (Belgien), Hasselt (Belgien), Lun, Löwen, Mecheln, Namur, Sint-Truiden, Tienen, Tongeren und Wassenrath telegraphische Postanweisungen zugelassen. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

□ Polizei gegen Gericht. Eine merkwürdige Wirkung hat das Urteil einer Berliner Strafkammer gehabt, das einen Wirt von der Anklage freisprach, bei Spinat mit 60 die Bieranzahl auf der Speisekarte nicht angegeben zu haben. Das Urteil entschied ferner, Gastgastmajaße sei kein Fleischgericht, und ein Wirt habe als Verbraucher in Bezug auf Höchstpreisüberschreitung zu gelten. Das Berliner Polizeipräsidium erklärt diese Entscheidung in allen Fällen für irrtümlich und will die Gastwirte gleichsam warnen, sich darauf zu verlassen. Die Entscheidung der letzten Instanz muß also diesen für unsere Zeit bezeichnenden Zwiespalt zwischen Rechtsprechung und Polizei schlichten.

□ Nichtausgezahlte Postanweisungen nach Russland. Den Absendern der vor dem Kriege in Deutschland nach Russland aufgegebenen, in Russland nicht mehr ausgezahlten Postanweisungen, ist das Recht vorbehalten worden, die Postanweisungen zurückzufordern. Das Rückforderungsrecht kann aber gegen die russische Postverwaltung nur dann geltend gemacht werden, wenn die Rückforderungsanträge bis spätestens 10. September d. J. bei der deutschen Vermittlungsstelle, dem Postamt 2 in Thorn, vorliegen.

□ Verbotene spiritistische Kunststücke. Das General-Commando München hat Vorträge über Spiritismus und ähnliche Gebiete, ohne wissenschaftlichen Befähigungsnachweis, die Verbetätigung für solche Vorträge, die Teilnahme daran und die bildliche Darstellung solcher Vorträge verboten.

von Nahrungsmitteln giftiger Pilze. Unter allen giftigen Pilzen des deutschen Landes kann man nur den bekannten Knollenblätterchampignon als wirklichen Gifttollk bezeichnen, wiewol man bis jetzt noch kein Verfahren kennt, durch das er entgiftet werden könnte. Alle anderen sind giftig oder giftverdächtig bekannten Pilze können, wie die „Naturwissenschaften“ berichten, ganz gut nutzbringende Verwendung finden. So kann man einige von ihnen, wie a. B. den Pantherpilz, den Veilchenpilz und auch den Hengelpilz durch Abziehen der Haut entgiften. Andere, wie der Speckpilz, der Satanspilz und die Giftmorchel verlieren ihre Giftwirkung durch vorheriges Abkochen. Von dem bisher als stark giftigverdächtig geltenden Kartoffelbovist haben überhaupt nur die älteren Exemplare und auch nur dann, wenn sie in großer Menge verbraucht werden, schädigende Folgen. Auch die beiden, ihres bitteren Geschmacks wegen früher für giftig gehaltenen kleinen Schwämme, der falsche Pfefferling und der Schwefelskopf haben sich alle als ungiftig erwiesen. Nun handelt es sich natürlich nicht darum, alle diese Pilze zur menschlichen Ernährung zu verwenden. Aber der große Rohvorrath, der auch in den genannten minderwertigen Pilzarten enthalten ist, macht diese Pilze zu einem vorzüglichen Kraftfutter für Haus- thiere. Wenn man bedenkt, daß eine viermal im Jahre stattfindende Ernte nicht weniger als 2000 Millionen Kilo Pilzkraftfutter mit etwa 50 Millionen Kilo Eiweißgehalt liefern würde, so wird man in der That auch die Verwendungsmöglichkeiten der minderwertigen Pilze und giftigen Pilze nicht mehr unterschätzen dürfen.

Zufriedenstellender Aufenthalt des ukrainischen Unterstaatssekretärs und Außenministers.

Berlin, 30. Aug. (Fl.) Der ukrainische Ministerpräsident Tysogub und Unterstaatssekretär Palkoff vom ukrainischen Außenministerium sind gestern Abend nach Beendigung ihrer Berliner Mission wieder nach Kiew abgereist. Wie die Herren sich einem Vertreter des „Dolot-Anzeiger“ gegenüber äußerten, sind, sie von dem Ergebnis dieser Verhandlungen vollkommen befriedigt. Sie sprachen sich mit Dank und Anerkennung über das Entgegenkommen aus, das man ihnen von deutscher Seite gezeigt hat.

Genf, 30. Aug. (II) „Petit Parisien“ dementiert die englische Meldung, wonach Deutschland in der spanischen Frage nachgegeben hätte. Bis Dienstag Abend sei an allen Pariser amtlichen Stellen nichts davon bekannt gewesen. Die Meinungen der meisten Blätter lauten dahin, ein Konflikt werde jedenfalls vermieden.

Genf, 30. Aug. (All). „Echo de Paris“ meldet: Hoch zeige sich auf alle Ausfragen über die Folgen der Offensive absichtlich sehr verschlossen, weil er keine verstieglenen Hoffnungen erwecken wolle. Oberstleutnant Gabry schreibt im neuen Regierungsbblatt „Qui“: Wir verraten kein Geheimnis mit der Erwählung, daß es keine absolut frischen Divisionen mehr gibt; alle wurden ausnahmslos schon mehrmals eingesetzt. Die entscheidenden Waffen für den letzten Stoß können nur die Amerikaner liefern, bis dahin heißt es weiter manövrieren.

Der Drahtzieher Otto Karl Schmidt aus Offenbach (Dillkr.).
 August Koob aus Beilstein (Dillkreis)
 Die Anna Schäfer aus Sinn, Hansastraße 133
 Der Schüler Franz Gieshen aus Sinn
 „ „ Rudi Langener aus Sinn, Rudolfstraße
 „ „ Georg Roublen aus Sinn, Hansastr. 132
 „ „ Fritz Kahl aus Sinn, Grundstraße.
 Die Schülerin Maria Hudel aus Sinn
 „ „ Amalie Michel aus Sinn, Hansastr. 121
 Der Schüler Erich Balz von hier, Kaiserstraße
 „ „ Fritz Trischler von hier, Kornmarkt 3
 „ „ Willi Kawolewski von hier, Kornmarkt 27
 sind bei der Entwendung von Obst betroffen und be-
 straft worden.

Ich habe die Ausfuhr von Milch, Butter, frisches Obst und Gemüse aus Herbornseelbach bis auf weiteres verboten und warne das Publikum von dort etwa derartige Bazillen tragende Waren zu beziehen. Die Orts-Polizeibehörde in Herbornseelbach, sowie die Gendarmerie-Station in Herborn wird mit der Kontrolle beauftragt.

Die Ausbreitung der **Ruhr** in Herborn-Jesselbach gibt mir Veranlassung, die Herren Bürgermeister dringend zu ersuchen, alle ärztlichen Anzeigen auf Ruhr verdächtiger Erkrankungen umgehend dem Herrn Kreisärzte weiterzuführen.

Im den Bedarf an Herbstgemüse (Weißkohl, Rotkohl, Möhren und Wirsing) festzustellen, wird gebeten, Bestellungen baldmöglichst auf Zimmer Nr. 8 des Rathauses zu machen. Es handelt sich um Gemüse für den

Königliche Oberzolldirektion.

100

Die Bank für Handel & Industrie ist laut Bekanntmachung der Grossherzoglich-Hessischen Regierung vom 17. August 1900* in Hessen zur Annahme von Mündelgelder = geeignet.